Karl-Heinz Florenz
Mitglied des Europäischen Parlaments
Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

ENTWURF

Deutsche Umweltpolitik für Europa

Intelligente Umweltpolitik ist vorausschauende Wirtschaftspolitik

- Juli 2005 -

Europabüro Niederrhein
Groß-Opholt 3, D-47506 Neukirchen-Vluyn
Tel. 0049-(0)2845-77171, Fax 0049-(0)2845-10995
E-mail: europabuero.niederrhein@t-online.de

Büro Brüssel
ASP 15 E 202, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel. 0032-(0)2-2845320, Fax: 0032-(0)2-2849320
E-mail: kflorenz@europarl.eu.int

Internet: http://www.karl-heinz-florenz.de

Rot-grüne Umweltheuchelei beenden

Vieles, was die rot-grüne Bundesregierung in Berlin mit schlechtem Handwerk ausgeführt hat, wurde vorher schon von ihr am Reißbrett in Brüssel falsch mitgestaltet. Laute Kritik an umweltpolitischen Vorgaben aus der EU-Hauptstadt ist unzutreffend - denn sie trifft im Kern den Falschen. Das größte und wirtschaftlich stärkste Land der Union leidet seit Jahren an einer nicht existierenden Strategie. Es fehlt ein Konzept, wie wirtschaftspolitische und umweltpolitische Zielsetzungen schon auf europäischer Ebene im Sinne des Standortes Deutschland festgelegt werden können. Die gegenwärtige Bundesregierung hat es in diesem Bereich völlig versäumt, eine grundsätzlich Richtungsvorgabe für die vorentscheidenden Beratungen im Ministerrat zu geben. Fakt ist: Der Bundesregierung fehlt bis heute eine Strategie, wie eigene Standortvorteile im Umweltsektor europapolitisch genutzt werden können.

Deutschland braucht eine bessere Vertretung eigener Interessen in den Brüsseler Ministerräten. Statt für die hohen deutschen Standards auf europäischer Ebene zu werben, wurde ein Mittelmaß als Kompromisslinie gepflegt, das jedoch grüne Herzen kaum höher schlagen ließ. Deshalb wurde dann zu Hause kräftig nachgelegt anstatt eins zu eins umzusetzen. Das Ergebnis waren Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft.

Zu wenig Clement und zu viel Trittin haben damit in den vergangenen Jahren die deutsche Stellung auf EU-Ebene geschwächt. Mehr Auflagen, mehr Berichtspflichten, höhere Grenzwerte und weniger Flexibilität bei der Auslegung von europäischen Gesetzen bedeuteten Ökohürden und ideologische Wimpel im Wind der Zeit, ohne wirklich einen umweltpolitischen Mehrwert zu erbringen. Im Sinne von Höher, Schneller, Weiter wurde dabei weniger auf das Machbare, sondern oftmals auf das Wünschenswerte gesetzt, ohne Kosten und Nutzen abzuwägen.

Zusammengefasst lautet die Bilanz: Statt die umweltpolitischen Standortvorteile Deutschlands für eine engagierte Europapolitik zu nutzen, wurden deutsche Vorleistungen im Umweltschutz leichtfertig durch mangelndes Engagement der Bundesregierung verspielt. Statt in Europa Vorleistungen der deutschen Industrie als Qualifikationskriterium für Nachhaltigkeit zu propagieren, wurden lieber in Deutschland ökologisch zweifelhafte Messlatten noch höher angesetzt.

Dabei kann Umweltpolitik nur dann erfolgreich ein integraler Teil wirtschaftspolitischer Ziele sein, wenn neben dem Aufwand auch ein Mehrwert analysiert wird. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille, obwohl die Wirtschaft gerne die Kosten anführt und den Nutzen in Zweifel zieht. Das mag verständlich sein, wenn man mikroökonomische und makroökonomische Effekte vergleicht. Der Nutzen jedenfalls kann den Aufwand rechtfertigen, aber eben auch nicht. In letzter Konsequenz muss aber Nutzen einer Umweltgesetzgebung von beiden Seiten, der Industrie und den Umweltverbänden, in seinem Verhältnis zu den Kosten anerkannt werden und gegebenenfalls ein politisches und auch wirtschaftliches Handeln begründen!

Das Fazit lautet: Die Musik spielt in Berlin und bald haben wir eine andere Kapelle. Die Komponisten arbeiten aber in Brüssel. Und hier wird eine neue Bundesregierung aktiver und vor allem gradliniger die zukünftige Musik konzipieren.

Programm für die Europäische Umweltpolitik einer CDU-geführten Bundesregierung

Deutsche Umwelt-Positionen in Brüssel wieder durchsetzen

Umweltpolitik wird überwiegend in Brüssel entschieden, nicht in Deutschland. Daher ist eine starke deutsche Interessenvertretung und -durchsetzung in Brüssel Voraussetzung für eine bürgernahe und wirtschaftsfreundliche Entwicklung in Deutschland. Die derzeitige Bundesregierung und die Europaabgeordneten von SPD und Grünen vertreten jedoch weder die Interessen der deutschen Bürger noch diejenigen der Wirtschaft und insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, wenn es zu Entscheidungen im EU-Umweltrat und im Europäischen Parlament kommt. Der Bundesumweltminister muss bereit sein, notfalls auch einmal 'Nein' zu sagen, wenn fundamentale Interessen Deutschlands im Rat oder im Europäischen Parlament gefährdet werden. Eine CDU-geführte Bundesregierung wird den in den vergangenen 7 Jahren verloren gegangenen Einfluss Deutschlands im Umweltrat wieder herstellen, die Arbeit auf EU-Ebene professionalisieren und ideologische Stoppschilder abbauen.

Europäisches Umweltrecht entrümpeln

Das bestehende europäische Umweltrecht ist in vielen Bereichen kompliziert und unpraktikabel. Es muss von Investitions- und Innovations-Hemmschuhen entrümpelt werden. Deutsche Unternehmen müssen im Behördendickicht wieder Morgenluft atmen können, um Anreize für Investitionen zu haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Doppelregulierungen, unangemessener bürokratischer Aufwand, langwierige und komplizierte Genehmigungsverfahren, Rechtsunsicherheiten und –lücken in den kommenden vier Jahren radikal beseitigt werden. Als Grundlage hierzu wird eine umfassende Bestandsaufnahme und Bewertung europäischer Umweltvorschriften durchgeführt werden, mit dem Ziel, die europäische und deutsche Umweltgesetzgebung transparent und verständlich zu machen.

Europäisches Umweltrecht 1:1 in Bund und Ländern umsetzen

Neben Alleingängen wie beim Energieeinspeisegesetz oder der Ökosteuer wird in Deutschland bei der Umsetzung europäischer Umweltvorschriften meist noch eins oben draufgesetzt, wodurch sich deutsche Unternehmen mit Bleischuhen durch den EU-Binnenmarkt schleppen während die europäische Konkurrenz mit Turnschuhen davon sprintet. Wir wollen, dass Bund und Länder europäisches Umweltrecht künftig 1:1 umsetzen und auf die Einhaltung europäischer Umweltvorschriften in den anderen Mitgliedstaaten bestehen, damit Wettbewerbsnachteile gegenüber den europäischen Nachbarn ein Ende finden.

Den Unternehmen mehr Verantwortung im Umweltschutz geben

Herstellerverantwortung und Internalisierung der Kosten in den Produktpreis müssen verstärkt zum Grundsatz europäischer Umweltvorschriften werden, da der Hersteller durch Planung, Konzeption und Herstellung seiner Produkte die weitaus größten Einflussmöglichkeiten besitzt, Umwelt- und Gesundheitskosten in der volkswirtschaftlichen Bilanz zu senken. Dies setzt jedoch voraus, dass der Wirtschaft die notwendigen Freiräume gegeben werden, um ihrer Verantwortung nachzukommen. Wir wollen der Wirtschaft daher konkrete Umweltziele vorgeben, es aber ihrer

Innovationsfähigkeit und -kraft überlassen, auf welchem Weg sie zur Erreichung dieser Ziele kommt.

Bildung, Forschung und Entwicklung zur Grundlage neuer Wirtschaftskraft machen

Nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert ist untrennbar mit dem Thema Energie verbunden. Schätzungen erwarten eine Zunahme des Energieverbrauchs bis 2020 um jährlich 2%. Voraussichtlich werden wir schon in 30 Jahren doppelt soviel Energie verbrauchen, wie noch 1998. Forschung muss daher ideologiefrei alle Möglichkeiten der Energiegewinnung untersuchen. Wir stehen ein für eine wissenschaftliche Grundlagenforschung an Zukunftstechnologien wie der Kernfusion ebenso wie die technologische Weiterentwicklung der Nutzung etablierter fossiler Energieträger. Forschung muss sich weiter um die Marktreife der nächsten Generation von alternativen Energieträgern wie der Brennstoffzelle auf Wasserstoffbasis bemühen. Schließlich kann auch die Atomkraft nicht ausgeblendet werden. Wir setzen auf die Einsicht in die Notwendigkeit, mittelfristig auch aus Klimaschutzgründen noch nicht auf diese Energiequelle verzichten zu können.

Wir wollen mehr Investitionen aus dem EU-Haushalt in Bildungsprogramme, Forschung und Entwicklung, die auf umweltbewusstes Handeln, umweltfreundliche Technologien und erneuerbare Energien abzielen.

Bedrohung des Klimawandels abwehren, Energieversorgung sichern

Klimawandel in enger Verbindung mit Energieversorgungssicherheit hat Priorität für die Umweltpolitik der CDU. Das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix bis 2010 auf 12% anzuheben, muss konsequent verfolgt werden. Hierbei muss auch die Biotechnologie genutzt werden, um Menge, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit nachwachsender Rohstoffe zu erhöhen. Anreizsysteme und Infrastrukturen für die Wettbewerbsfähigkeit von umweltschonenden Energieträgern müssen geschaffen werden. Energieeffizienzmaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene sind umzusetzen und auszuweiten. Dies gilt insbesondere für den Gebäudebereich, wo erhebliche Einsparpotenziale bestehen. Die Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionszertifikatehandel sollte erwägt werden. Die Ziele müssen jedoch für die Fluggesellschaften erreichbar sein. Die Messlatte muss deshalb bei der besten verfügbaren Technik angesetzt werden. Die Einführung von dem Emissionszertifikatehandel vergleichbaren Systemen im Straßenverkehr und Gebäudebereich ist zu prüfen. Wer sorgsam mit Energie umgeht, soll hierdurch auch finanzielle Vorteile haben.

In internationalen Verhandlungen muss Europa darauf drängen, dass die USA und Schwellenländer wie China und Indien sich verstärkt an der Bekämpfung des Klimawandels beteiligen. Der Kyoto-Prozess muss in diesem Zusammenhang für die Jahre nach 2012 mit konkreten Zielvorgaben fortgeschrieben werden.

Durch Lärmreduzierung Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Menschen erhöhen

Lärm macht krank und verursacht allein in Deutschland Folgekosten in vielfacher Milliardenhöhe. Meterhohe Lärmschutzwälle sind nicht die Antwort. Wir wollen Lärmsünder konsequenter zur Verantwortung ziehen. Das Ordnungsrecht mit Zielvorgaben für Motor und Fahrgeräusche muss fortgeschrieben werden (nur der Produzent hat Einfluss auf das Design!). Wir fordern daher Maßnahmen, die zu einer erheblichen Senkung von Motorradlärm führen sowie die Prüfung der Schaffung einer europäischen Fluglärm-Rahmenrichtlinie mit auf die

regionalen Unterschiede und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Fluggesellschaften Rücksicht nehmenden Vorgaben. Eine Kombination mit motivierenden Elementen bringt uns in der Sache schneller zum Ziel.

Abfälle als Ressource anerkennen und nutzen

In einigen Ländern der EU werden noch immer bis zu 80% der anfallenden Abfallmenge deponiert. Dies ist nicht nur eine große Verschwendung von Ressourcen, sondern auch ein Wettbewerbsnachteil für Deutschland, wo hohe Standards gelten und die zu deponierende Abfallmenge bereits erheblich reduziert wurde. Wir fordern daher ein europaweites Deponieverbot für verwertbare Abfälle mit dem Ziel der Rückführung der Stoffe in den Wirtschaftskreislauf, der Senkung der Klima schädigenden Methanemissionen und einer verbesserten Energieversorgungssicherheit durch thermische Verwertung nicht recyclingfähiger Abfälle. Ferner fordern wir europaweit, auf deutschem Niveau harmonisierte Standards für Behandlungsanlagen sowie Anreizsysteme für die Verwendung von Sekundärrohstoffen.

Europäisches Chemikalienrecht (REACH): Risiken minimieren, Kosten kontrollieren

REACH hat das große Potenzial, zu einem Beispiel von umweltintegrierter Wirtschaftspolitik zu werden. Dazu bedarf es eines fairen Interessenausgleiches, der Kosten und Nutzen der Gesetzgebung anerkennt sowie einer besonderen Berücksichtigung der Interessen der mittelständischen Produzenten und Weiterverarbeiter. Wir wollen den Industrieunternehmen einfache Instrumente an die Hand geben, mit denen die umweltpolitischen Ziele der Verordnung erreicht werden können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe durch unnötige Datensammlungen und Berichtspflichten einzuschränken. Dies ist möglich, wenn der tonnagebezogene Ansatz der Kommission um Risiko- und Expositionskategorien beim Umgang mit Chemikalien erweitert und somit praxisnäher ausgestaltet wird.

Wir fordern ferner einen pragmatischen Umgang mit der Frage der Substitution von gefährlichen Chemikalien. Dieser Aspekt steht in direktem Zusammenhang mit den Innovationszielen der Verordnung. Innovation ist ein marktwirtschaftlicher Vorgang, der nicht per Gesetz vorgeschrieben werden kann, sondern nur greift, wenn den Unternehmen Ressourcen und Freiräume erhalten bleiben, um Forschung betreiben zu können. Die möglicherweise notwendige Substitution eines Stoffes steht nicht am Anfang des REACH-Prozesses, sondern kann nur Ergebnis des Prüf- und Zulassungsverfahrens sein.

Die Umwelt wird da gewinnen, wo durch die Anforderungen von REACH in Zukunft der Umgang mit Chemikalien sicher und unbürokratisch verläuft. Dafür wollen wir sorgen.

Luftreinhaltung: Nicht am Auspuff, sondern an der Quelle der Verschmutzung anpacken

Luftreinhaltung ist ein Musterbeispiel für erfolgreiche Umweltpolitik im europäischen Kontext. Im Laufe der letzten 20 Jahre unterlagen sowohl klassische Verschmutzungsquellen wie Industrieanlagen oder Verbrennungsmotoren aller Art wie auch die eigentlichen Verschmutzer der Luft, etwa Schwefel in Brennstoffen, einer Reihe von Gesetzen zur Verbesserung der Luftqualität. Dabei wurden Grenzwerte dem technologischen Fortschritt bei Filteranlangen angepasst. Politische Maßnahmen zur Luftreinhaltung werden sich mittelfristig vor allem mit dem Problem des weiter zunehmenden Straßengütertransports und des enorm wachsenden Luftverkehrs beschäftigen müssen. Im produzierenden Gewerbe können jedenfalls mit dem Stand der verfügbaren Technik nur noch marginale Verbesserungen erzielt werden, die zudem

erhebliche Investitionen bei nur geringen umweltpolitischen Effekten bedeuten würden. Wir unterstützen eine europäische Luftqualitätsstrategie, die zu neuen Grenzwerten führen soll, die Maßnahmen müssen jedoch Kosteneffizienz gewährleisten.

Wasser als Grundlage allen Lebens und als Trinkwasserressource schützen

Deutschlands wohl größter Reichtum liegt in der Menge und Qualität seiner zur Verfügung stehenden Gewässer. Dieses Gut wollen wir weiterhin schützen. In Brüssel wollen wir uns dafür einsetzen, dass die europäischen Vorschriften, wie zum Beispiel über Trinkwasser, Grundwasser, Badegewässer und die Wasserrahmenrichtlinie, in allen Mitgliedstaaten umgesetzt und angewandt werden. Die Umsetzung des Kostendeckungsprinzips in allen Mitgliedstaaten ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Wasserwirtschaft.

Um Wettbewerbsverzerrungen für den Standort Deutschland zu vermeiden, sollten die Anforderungen an indirekte Einleiter auf europäischer Ebene ausgestaltet werden. Die Organisation der Wasserver- und Abwasserentsorgung hingegen sollte weiterhin in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben.